

**BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ****BMJ-Z20.030/0002-I 7/2016**

Museumstraße 7
1070 WienTel.: +43 1 52152 2254
E-Mail: team.z@bmj.gv.atSachbearbeiter/in:
Mag. Ulrike Toyooka

Bundesministerium für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Stubenring 1
1012 Wien

Betrifft: Novelle zum Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz 1997
Stellungnahme des BMJ

zu BMLFUW-LE.4.1.8/0002-RD1/2016

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, zu dem Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz 1997 geändert werden soll, wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu § 15 Abs. 2 Ziffer 5:

Hier soll die Wortfolge „Personengesellschaft des Handelsrecht“ durch den Begriff „Personengesellschaft“ ersetzt werden. Darunter fallen allerdings nach der gängigen zivil- und unternehmensrechtlichen Terminologie auch Gesellschaften bürgerlichen Rechts. Da diese aber weder einen Sitz haben noch parteifähig sind (Parteien eines Prozesses sind die Gesellschafter als Einzelpersonen) und sich in den Erläuterungen kein Hinweis auf die Absicht, hier eine Erweiterung vorzusehen, liegt die Annahme nahe, dass es sich bei dieser inhaltlichen Erweiterung um ein Versehen handelt. Sollte dem so sein, so könnte dieses dadurch behoben werden, dass die Wortfolge „Personengesellschaft des Handelsrechtes“ durch die Wortfolge „eingetragene Personengesellschaft“ (möglich wäre – wie im Energielenkungsgesetz – auch „Personengesellschaft des Unternehmensrechtes“) ersetzt wird.

Sollte die Einbeziehung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts dagegen beabsichtigt sein, so stünde die Abteilung I 3 des Bundesministeriums für Justiz für eine Rücksprache zu weiteren

Fragen zur Verfügung.

Diese Stellungnahme wird gleichzeitig auch an das Präsidium des Nationalrates gesandt.

Mit freundlichen Grüßen

Wien, 28. Juli 2016

Für den Bundesminister:

Dr. Dietmar Dokalik

Elektronisch gefertigt